

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

Detlef Lehnert: Das pluralistische Staatsdenken von Hugo Preuß.

Baden-Baden: Nomos 2012 (Staatsverständnisse, Bd. 46), 220 S., ISBN: 978-3-8329-4351-6

Auf die kulturellen Wandlungsprozesse in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren reagierten die damaligen Eliten mit einer Debatte über die Grundlagen der Demokratie. Eines der Konzepte war die von Ludwig Erhard 1965 im Bundestag vorgestellte „formierte Gesellschaft“. Darunter dachte sich der Bundeskanzler eine Gesellschaft, die ihre Ordnung nicht in pluralistischem Interessenstreit und sozialen Kämpfen gewinnt, sondern aus dem Zusammenwirken aller Gruppen zum allgemeinen Wohl. Das Gegenvotum zu diesem gleichsam amputierten Pluralismus lieferte Ralf Dahrendorf mit seiner – am angelsächsischen Modell geschulten – Analyse und dem Fazit, dass es der deutschen Demokratie an Liberalität und der Bereitschaft zum Konflikt manglete.

Bemerkenswerter Weise rekurrierte Dahrendorf damals nicht auf Hugo Preuß, was aber durchaus nahegelegen hätte. Inzwischen ist die Preuß-Rezeption nun ein ganzes Stück weiter – kürzlich hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, Hugo Preuß zum „Vordenker“ einer Pluralismus-Theorie erhoben und dessen Ideal, den genossenschaftlichen Gedanken der Organisation von unten nach oben, als Basis von Demokratie und Republik bezeichnet.

Sicherlich hat die gegenwärtige Rezeption von Hugo Preuß als einem bedeutenden Verfassungstheoretiker viel mit der mustergültigen Edition seiner „Gesammelten Schriften“ (bisher drei Bde, Tübingen 2007ff.) zu tun. Auch das Engagement der Hugo-Preuß-Stiftung trägt dazu bei. Da kommt Lehnerts Abhandlung gerade zur rechten Zeit, um jenseits der Arbeiten von Preuß an der Weimarer Verfassung das aktuelle Potential seiner Denkansätze aus Kaiserreich und Weimarer Staat zu prüfen.

Im vorliegenden Band informiert Lehnert, der auch Präsident der genannten Stiftung ist, in knappen, problemorientierten Abschnitten über wesentliche Aspekte des Staatsdenkens von Preuß: Körperschaften und Bürgergenossenschaft, föderativer aber zentraler Staatsaufbau, parlamentarisches Regierungssystem und Parteien, Obrigkeitstaat und Volksstaat, Gewaltenteilung u. a. Die Auseinandersetzung über diese Bereiche ist von Gewinn, weil Lehnert hier Preuß' Auffassungen einerseits in den Kontext der staatsrechtlichen Debatte der jüngeren und älteren Generation gestellt werden (z.B. Laband, Jellinek, Kelsen, Heller, Anschütz). Dabei fällt hier eher – natürlich in ganz unterschiedlichem Maß – die Differenz auf, während andererseits beim Vergleich mit Theoretikern des Pluralismus in Frankreich (Leon Duguit), USA (William James, Mary Parker Follet), England (Harold Laski), aber auch in der Schweiz (Dietrich Schindler) und beim holländischen Staatsdenker und Frühpluralisten Hugo Krabbe die Nähe von Hugo Preuß zum „Westen“ deutlich wird.

Preuß' Modell des Staatsaufbaues – organisch und genossenschaftlich, mit Kommunen, Länder und Reich als föderalen Gebietskörperschaften, prinzipiell gleichwertig – stützte sich auf die Analyse des englischen Parlamentarismus und des mittelalterlichen Städtewesens. Leitmotivisch folgt die Argumentation Lehnerts der Frage nach der Position von Preuß zwischen Linksliberalismus und Sozialdemokratie, der Möglichkeit eines – von Preuß selbst so genannten – „dritten Weges“: „Unfruchtbar“, so

Preuß 1892, seien sowohl ein absoluter Individualismus wie ein absoluter Sozialismus, zwischen dem „starren Privateigentum und dem absoluten Gemeineigentum“ gebe es eine „dritte, sehr ersprießliche Möglichkeit“ (S. 125).

Bedeutet dieser „dritte Weg“ eine Abkehr vom politischen oder ideellen Liberalismus? Mit scheint dies – anders als Lehnert durchaus vereinbar mit dem liberalen Denken vor und nach 1848, als Beispiel sei der von Preuß stark betonte Grundsatz des „Self Government“ erwähnt. Auch das allgemeine und gleiche Wahlrecht wird nicht mit der Gleichheit aller Staatsbürger begründet, sondern erhält bei Preuß einen pluralismustheoretischen Vorbehalt: „Der moderne Rechtsstaat jedoch beruht auf der reichsten Verzweigung eines Systems von Ungleichheiten, welche durch mannigfachste gegenseitige Abhängigkeitsverhältnisse den Höchsten mit dem Niedersten verbinden. Eine Blüte dieses organischen Systems ist der Parlamentarismus“ (S. 89).

Ebenso deutet die nach 1900 von Linksliberalen in einigen Kommunen praktizierte politische Koalition mit der Sozialdemokratie nicht notwendig auf eine Wesensverwandtschaft der beiden Kräfte, sondern bei Preuß' Ansatz der Kommunität kann dies als „soziale Komplementärerscheinung“ der modernen urbanen Kultur zum Zweck der gesellschaftlichen Modernisierung interpretiert werden.

Es bliebe zu diskutieren, ob Preuß die Entwicklungsmöglichkeiten des kaiserzeitlichen Obrigkeitstaates nicht etwas unterschätzt hat: Als Negativ für die Verfassung des damit positiv kontrastierenden pluralistischen Staatswesens erfüllt er seine Funktion, jedoch ließen sich zahlreiche Beispiele eines sukzessiven Wandels nennen – Aushandlungsprozesse der Fraktionen und Reichstagskommissionen, Parteienkonkurrenz, öffentlicher Meinungsmarkt u.a. Das parlamentarische System beruhe, so Preuß, auf der wechselnden Herrschaft der Parteien, letztere seien nicht Selbstzweck, sondern „Mittel parlamentarischer Regierungsbildung“ (S. 145). Ein Satz, der für die politische Entwicklung der Weimarer Demokratie von Bedeutung war – Preuß starb 1925, am Ende der Republik wäre sein Urteil wohl nicht anders ausgefallen.

„Unentbehrliche Komponente seines pluralistischen Staatsverständnisses“, sei, so Lehnert, das „Erfordernis eines verfassungsbegründenden Minimalkonsenses“ (S. 193). Wie dieser Konsens abzuleiten und zu begründen ist, ist die eigentliche Frage. Gegensätze in einer „Volksgemeinschaft“ aufzuheben, hielt Preuß für wenig aussichtsreich, stattdessen erhoffte er, so Lehnert, von der „möglichst breiten und aktiven Partizipationsbasis einer Verfassungsdemokratie als Bürgergenossenschaft die Ausbalancierung des geregelten Konfliktaustrags zu einer hinreichenden Konsensbasis“ (S. 136).

Preuß' Staatsdenken wurzelt zwar im szientistischen Weltbild des 19. Jahrhunderts, geht aber zugleich darüber hinaus und vermittelt dem heutigen liberalen Demokratie- und Verfassungsverständnis vielfältige Anregungen. Dafür gibt Lehnert einen konzisen Überblick, der an der Bedeutung von Preuß für die gegenwärtigen Debatten zur Demokratie keinen Zweifel lässt. Ein kleiner Wermutstropfen ist der Verzicht des Autors auf die genaue Quellenangabe seiner zitierten Preuß-Texte. Titel und Entstehungsdatum der Beiträge muss man sich aus den entsprechenden Bänden heraussuchen.

Berlin/Gummersbach

Wolther von Kieseritzky